

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

**Zukunft für Alle! gerecht – ökologisch – sozial**

**15. Hessisches Sozialforum in Frankfurt**

**Positionen zu den hessischen Kommunalwahlen 2021**

### **1. Armut bekämpfen, soziale Infrastruktur ausbauen und Folgen der Pandemie kompensieren**

Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß der Armut in den Kommunen sichtbar gemacht und die Situation vieler Menschen weiter verschlechtert. Die Kommunen müssen hier gegensteuern und trotz finanzieller Schwierigkeiten das Sozialbudget und die soziale Infrastruktur sichern. Pandemie bedingte finanzielle Ausfälle und Mehrkosten im Bereich Soziales, Kultur und Bildung müssen vollständig aufgefangen werden.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Dies können wir nur vollständig befürworten und setzen uns dafür in der kommunalen Ebene und im Landtag ein. Viele Kommunen haben über das Sozialdienstleistereinsatzgesetz eine 100%ige Finanzierung ermöglicht, allerdings hilft das vielen Organisationen nicht. Deshalb haben wir bereits für den Landeshaushalt 2021 einen Corona-Notfallfonds für soziale Einrichtungen gefordert, mit dem 100 Millionen Euro den Organisationen zur Verfügung gestellt werden sollen, denen Einnahmen weggebrochen sind und die pandemiebedingt höhere Kosten haben. Gerade der Ausbau digitaler Angebote stellt viele Einrichtungen vor unlösbare finanzielle Probleme. Deshalb sollten auch soziale und pädagogische sowie kulturelle Einrichtungen vom Land diesbezüglich gefördert werden.

### **2. Flächendeckend gute medizinische Beratung und Versorgung**

Um besonders in ländlichen Regionen eine gesundheitliche Beratung und Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, sollten die Kommunen eigene, d.h. kommunale medizinische Versorgungszentren aufbauen und sich zusätzlich für einen wohnortnahen Ausbau von Pflegestützpunkten und psychosozialen Beratungsstellen engagieren.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Intersektorale und ambulante Gesundheitszentren sind wesentlich für eine gute wohnortnahe Versorgung. Diese Zentren in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft sollen gerade dort aufgebaut werden, wo es heute kaum noch möglich ist, über die klassische Arztsitzvergabe Nachfolger\*innen für in den Ruhestand eintretende Ärzt\*innen zu finden. Neben Allgemein- und Fachmediziner\*innen sollen auch Psycholog\*innen, Heilmittelerbringer\*innen, Rehabilitation, Pflegeangebote,

Gemeindeschwestern und anderer Dienste dort ihren Sitz haben. Wir sehen eine kommunale Aufgabe in dem Ausbau von Pflegeangeboten. Pflegestützpunkte und Seniorenberatungseinrichtungen müssen überall vor Ort erreichbar sein. Die Kommunen haben die Verpflichtung für eine gute Versorgung mit ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeangeboten zu sorgen. Dabei ist es dringend mehr Personal erforderlich. Allerdings müssen auf Bundesebene die Weichen für eine Pflegevollversicherung gestellt werden, die mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

### **3. Digitale Infrastruktur stärken**

In Hessen braucht es eine flächendeckende und gute digitale Infrastruktur. Der Breitbandausbau, auch in ländlichen Gebieten, sowie digitale Ausstattung bei Behörden, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen muss vorangetrieben werden.

Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:  
Deutschland und Hessen hinken bei der Digitalisierung in vielerlei Hinsicht im internationalen Vergleich hinterher: beim Breitband- und Mobilfunk-Ausbau, bei der Ausstattung der Schulen und der Schüler\*innen mit Hard- und Software und nicht zuletzt beim Angebot von Verwaltungsdienstleistungen der öffentlichen Einrichtungen. Es ist jetzt schon klar, dass die Verpflichtung des Onlinezugangsgesetzes auf ein digitales Angebot sämtlicher Verwaltungsdienstleistungen bis 2022 nicht eingehalten werden können. Ein wichtiger Grund für das niedrige Tempo von Investition und Innovation der Verfahren ist die „Politik der schwarzen Null“ auf allen staatlichen Ebenen. Es ist zu befürchten, dass durch die Finanzlöcher infolge der Corona-Krise die Digitalisierung weiter verzögert werden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Staat seine Einnahmen verbessert, u.a. durch die Besteuerung hoher Einkommen und Gewinne sowie großer Vermögen. So werden die benötigten Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur möglich – nicht nur im digitalen Bereich.

### **4. Bildung stärken, Kindertagesstätten und Schulen besser ausstatten**

Kitas, Horte und (Berufs-) Schulen müssen in jeder Hinsicht besser ausgestattet werden. Sie brauchen ausreichend qualifiziertes und entsprechend bezahltes Personal. Dazu gehört auch die angemessene Ausstattung im Bereich der Digitalisierung sowie ein bauliches Sofortprogramm für Sanitäreinrichtungen in Schulen. Über die klassischen Bildungseinrichtungen hinaus braucht es eine Stärkung der außerschulischen Angebote, der politischen Bildung und der Volkshochschulen in den Kommunen.

Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:

Hessische Kommunen müssen einen immer höheren Haushaltsanteil für Bildung ausgeben, das übersteigt ihre finanziellen Möglichkeiten. Für eine gute frühkindliche Bildung benötigen sie höhere Landes- und Bundesmittel. In vielen Kommunen gerade in Südhessen fehlen Kita-Plätze. Hier sind mehr Investitions-Zuschüsse von Bund und Land notwendig. Außerdem muss sich die Personalsituation verbessern, um Erzieher\*innen die Perspektive auf eine gute Arbeit, bis zur Rente gibt. Dazu benötigen wir höhere Qualitätsanforderungen – ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz – mit Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit, bessere Personalschlüssel und Programmen zur Gesundheitsförderung. Das ist die Voraussetzung, um mehr Nachwuchs zu gewinnen. Dazu muss auch die Anzahl der vergüteten praxisintegrierten Ausbildungsplätze erhöht werden, da eine vier- bis fünfjährige Ausbildung ohne oder nur zeitweiser Vergütung für viele nicht zu stemmen und auch nicht angemessen ist.

Auch in den Schulen muss das Lehrkraft-Schüler\*in-Verhältnis verbessert werden. Corona zeigte uns nochmals, wie problematisch große Klassen sind. Dass die Schulen weder mit Breitband noch mit Endgeräten und Plattformen ordentlich ausgestattet sind, ist eine Schande. Lehr- und Lernmittelfreiheit ist auch hier umzusetzen. Allerdings sollte man auch bedenken, dass sich nicht alle Familien entsprechende Anschlüsse zu Hause leisten können.

Wir brauchen Ganztagschulen, die einen rhythmisierten Unterricht anbieten, wo alle Haus- oder Lernaufgaben in der Schule erledigt werden. Schulen sollen sich in die Quartiere öffnen und mit Einrichtungen und Vereinen zusammenarbeiten.

Die Volkshochschulen erhalten von der Landesregierung nur eine minimale Zuwendung und sind auf die Unterstützung der Kommunen angewiesen. Sie haben aber in der kulturellen, politischen und sozialen Bildung eine zentrale Aufgabe und können vor Ort die Menschen am besten erreichen, gerade dort, wo Menschen leben, die sich keine privaten Bildungsangebote leisten können. Deshalb müssen sie kostengünstig bleiben, aber gute Löhne für die Lehrkräfte zahlen.

## **5. Kommunen brauchen „Gute Arbeit“**

In den hessischen Kommunen und ihren Betrieben sollten gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbindlich sein. Unbefristete tarifliche Beschäftigungsverhältnisse müssen der Maßstab sein, statt Leiharbeit und Werkverträge. Die Kommunen sollten die Möglichkeiten des hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes voll ausnutzen, und kommunale Aufträge ausschließlich an Betriebe mit guter Arbeit, nachhaltigem Wirtschaften und modernen Umweltstandards vergeben. Zentrale Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand oder in die freigemeinnützige Trägerschaft.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Leider handeln die Kommunen selbst in ihrem eigenen Wirkungskreis nicht immer vorbildlich. So sind beispielsweise die Mitarbeiter\*innen der Servicebereiche

öffentlicher Kliniken oft tariflos und zu Niedriglöhnen beschäftigt, die kaum zur Lebenshaltung reichen und zu Altersarmut führen werden. Außerdem sind Befristungen dort an der Tagesordnung. Diese Zustände kritisieren wir auf kommunaler Ebene und unterstützen ggf. die Betroffenen, die oft keine gewerkschaftliche Kampfkraft entwickeln können, durch politischen Druck. Auch die Vergabe der Gebäudereinigung und anderer Aufgaben, denen ein niedriges Lohnniveau zugrunde liegt, an Lohndumping-Dienstleister muss beendet werden. Mit der Novellierung des hessischen Tariftreue- und Vergabegesetz im vergangenen Juli wurde eine Chance verpasst, die Situation durch landesweite Regelungen zu verbessern: die Verpflichtung zur Tariftreue gilt nur für den Nahverkehr, Kontrollen sind nicht vorgesehen und viele Vorgaben bleiben freiwillig. Es wurde versäumt, eine Generalunternehmerhaftung festzulegen und die Auftragnehmer auf die ILO-Kernarbeitsnormen zu verpflichten. DIE LINKE kämpft für die Erhaltung und Rückführung von Aufgaben der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. Zuletzt haben wir ein Gutachten zur Rücküberführung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg in öffentliches Eigentum erstellen lassen, demzufolge die Vergesellschaftung durch ein Landesgesetz möglich ist. Wir beteiligen uns an der Kampagne, die dafür eintritt.

## 6. Offensive einer kommunalen Beschäftigungspolitik

Die durch die Corona-Pandemie verschärfte Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordert einen Auf- und Ausbau der kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik, bei der durch eigene und komplementär finanzierte Programme die Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung von benachteiligten und arbeitslosen Menschen sichergestellt wird. Dazu bedarf es auch einer Grundfinanzierung der Bildungs- und Beschäftigungsträger.

Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:

Durch Corona und Änderungen in der Produktion wie dem Dienstleistungssektor werden mehr Menschen arbeitslos werden. Es gibt aber einen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Die große Herausforderung wird sein, Menschen bei der Neuorientierung zu helfen und sie qualifizieren. Hierfür sollte es ein Transformationskurzarbeitergeld geben. Die Kommunen haben auch die Aufgabe die Betriebe in diesem Prozess zu begleiten. Wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor, viele Aufgaben sind im Bereich der Umwelt und des Sozialwesens zu bewältigen. Hier sollte die öffentliche Beschäftigung ausgebaut werden und Unternehmen geschaffen werden, die Menschen befähigen in diesen Bereichen zu arbeiten und nach langer Arbeitslosigkeit wieder Fuß zu fassen. Wir sind gegen die Konkurrenz der Bildungs- und Beschäftigungsträger um die kostengünstigsten Angebote. Wir setzen auf Qualität und die gibt es nur bei gut qualifiziertem Personal, das feste Arbeitsverträge zu tariflichem Lohn innehat. Eine Grundfinanzierung gibt die Möglichkeit mit Stammpersonal zu arbeiten.

## **7. Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt**

Für ausreichend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu sorgen ist Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Dazu sind alle Instrumente, wie beispielsweise Erhalt und Ausbau kommunaler Wohnungsbestände, soziale Boden- und Grundstückspolitik, Nutzung von Vorkaufs- und Rückkaufsrechten zu nutzen. Darüber hinaus fordern wir flächendeckend für alle Kommunen in Hessen Zentren für Quartiersmanagement, Sozialberatung und Gemeinwesenarbeit.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Wohnen ist ein Menschenrecht – das stimmen wir mit voller Überzeugung zu. Der Kampf für bezahlbaren Wohnraum ist ein Schwerpunkt der Politik der LINKEN und auch unserer Fraktion. Auf Landesebene setzen wir uns ein für mehr Mittel für geförderten Wohnungsbau, für ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand und für eine zurückhaltende Mietenpolitik der landeseigenen Wohnungsunternehmen. Die Bindungsdauer von Sozialwohnungen muss erhöht werden. In den Kommunen fordern wir Sozialwohnungs-Quoten bei Neubauprojekten, die Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen und eine Bodenpolitik, die über Erbpacht oder Wiederkaufsrecht nach Ulmer Vorbild den Kommunen ihre Gestaltungsmöglichkeiten sichert und dauerhaft erhält. Bundesweit muss der „Mietendeckel“ auf die Tagesordnung gesetzt werden, und außerdem braucht es die „Neue Gemeinnützigkeit“ für öffentliche Wohnungsunternehmen. Wir wollen, dass Wohnungslosigkeit verhindert wird und dass Obdachlose wieder eine Wohnung bekommen. Hierzu sind Wohnungssicherungsstellen und „housing first“ zu schaffen. Die Kommunen sollen Belegungsrechte für vulnerable Gruppen zur Verfügung stellen.

Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement sind wichtige Instrumente der kommunalen Sozialpolitik. Dazu gehört auch, dass in den benachteiligten Quartieren eine soziale Infrastruktur, z.B. mit Gemeinschaftshäusern, ausgebaut wird. Diese Instrumente müssen gestärkt werden durch bessere Finanzierung der Kommunen und Förderprogramme von Land und Bund.

## **8. Kulturförderung muss wieder zentrale Aufgabe der Kommunen werden**

Die durch die Corona-Pandemie eingeschränkte Kulturlandschaft muss wiederbelebt und gefördert werden, denn Kultur stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die kulturelle Teilhabe muss für einkommensschwache Haushalte kosten- und barrierefrei ermöglicht werden.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Kulturschaffende brauchen zurzeit möglichst viele Aufträge von der öffentlichen Hand, das schafft auch viele Kulturangebote für die Menschen, die in Corona-Zeiten

isoliert gelebt haben. Die Förderung von Kulturangeboten muss sich viel stärker auf regionale, kleine, unkommerzielle Anbieter und Jugendkultur konzentrieren. Viele Anbieter haben große Probleme die aktuellen Förderungen nutzen zu können. Diese müssen allerdings verstetigt werden. Auch im Winter braucht es Kultur.

Wir brauchen für Menschen mit niedrigen Einkommen Teilhabemöglichkeiten, die hessische Landesregierung plant seit vielen Jahren eine Teilhabekarte, ist aber keinen Umsetzungsschritt gegangen. Die Unterstützung für die Kommunen soll damit gewährleistet werden, so dass sie Kultur- und Freizeitangebote entweder kostenlos oder für Menschen mit niedrigen Einkommen kostengünstig anzubieten.

## **9. Für Gleichheit und Gerechtigkeit - Gegen Rassismus und Rechtsextremismus**

Die Kommunalwahl in Hessen muss ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus setzen. Dazu gehören u.a. ein Bekenntnis zur „Kommune gegen Rassismus“ sowie die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen. In den Kommunen bedarf es entsprechender Programme und Maßnahmen zum Ausbau der Beratungs- und Präventionsmaßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, gegen jede Form der Diskriminierung und für mehr Gleichstellung, demokratische und rechtsstaatliche Bildung.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Unsere Fraktion steht für entschiedenes Eintreten gegen Rechts. Wir lassen es der Regierung nicht durchgehen, wenn sie rechte Netzwerke in der Polizei klein redet oder zu Einzelfällen erklärt, wenn sie die Existenz von Praktiken des „Racial Profiling“ verleugnet oder wenn eine inhumane Abschiebung nach der anderen durchgedrückt wird. Wir kritisieren das Landesamt für Verfassungsschutz, das nach rechts verharmlost und nach links diffamiert. Wir fordern seine Auflösung zugunsten einer Stelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie, die nicht nachrichtendienstlich arbeitet. Projekte und Einrichtungen zur Gewaltprävention, zur Demokratieförderung und für Antirassismus müssen, insbesondere auf kommunaler Ebene, gestärkt werden, anstatt sie durch die sogenannte Extremismusklausel zu schwächen und zu diskreditieren. DIE LINKE setzt sich ein für eine lebendige Erinnerungskultur, beteiligt sich an Mobilisierungen gegen Rechts und unterstützt die Integration und Selbstbestimmung von Geflüchteten.

## **10. Kommunen in Hessen - konsequent nachhaltig, zukunftsfähig und barrierefrei**

Im Rahmen einer ökologischen Gesamtstrategie sollen sich die Kommunen in Hessen zu Nachhaltigkeit verpflichten. Dazu gehört die Verwendung ausschließlich erneuerbarer Energien, der Ausbau eines kostenlosen und barrierefreien ÖPNV, die Ausweitung des Fahrradnetzes, der Erhalt von Grün- und Landwirtschaftsflächen sowie ein aktiver Umweltschutz.

**Stellungnahme DIE LINKE. Im Hessischen Landtag:**

Alle Kommunen sollen nicht nur ambitionierte CO2 Reduzierungspläne verabschieden, sondern auch intensiv an dem Ausbau erneuerbarer Energien arbeiten, so dass die Orte zukünftig energieautark existieren können. Dazu gehört, dass alle öffentlichen Gebäude mindestens im Passivhaus-, eher im Energie-Plus-Standard mit einer hohen Recycling-Quote errichtet werden. Wir brauchen eine Verkehrswende, die vom motorisierten Individualverkehr hin zum Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Nahverkehr lenkt. Dazu müssen Radwege ausgebaut und der ÖPNV stärker gefördert werden, so dass er häufiger, pünktlicher und flächendeckender, aber auch barrierefrei wird. Wir brauchen einen für Nutzer\*innen kostenfreien ÖPNV, der alle mobil macht.

Die Versiegelung der Flächen ist zu stoppen, wir brauchen weniger Logistik-Unternehmen, dafür mehr Infrastruktur, die Städte und Dörfer wieder lebenswert macht. Aktiver Landschaftsschutz geht einher mit einer Wende in der Landwirtschaft, der nicht noch weitere Flächen entzogen werden dürfen und die ohne Belastungen des Grundwassers, durch Pestizide oder Insektizide arbeiten soll.

Frankfurt am Main, im Januar 2021

*Das 15. Hessische Sozialforum wird getragen von einem Bündnis aus sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen. Zusammen mit Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden fordert es eine sozial gerechtere Politik in Hessen und versteht sich dabei als Impulsgeber.*